

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 09.05.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Kommunalpolitisches Praktikum - mündlicher Vortrag von Frau Monika Krieg, Jugendamt der Stadt Viersen	4
3 Umsetzung des Landesprogramms "Soziale Arbeit an Schulen" im Jahr 2018 Vorlage: FB3/0170/2017	5
3.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Schulsozialarbeit Vorlage: FB3/0082/2017	5
4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen Vorlage: FB3/0168/2017	5
5 IT-Konzept	6
5.1 Antrag CDU/Die Grünen IT-Konzept Schulen	6
5.2 IT-Konzept in Meerbuscher Schulen Vorlage: FB3/0169/2017	8
6 Anfragen	8
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
8 Termin der nächsten Sitzung: 27. Juni 2017	8
9 Verschiedenes	8
9.1 Sportstättenentwicklungsplan	8
9.2 Sanierung der Sporthallen des Städt. Meerbusch-Gymnasiums	9

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Renate Kox Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Frau Angela Gröters

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Dieter Lerch

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied ab 17.20 Uhr

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied Vertretung für Herrn Michael Billen

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Christa Kohn Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Sachkundiger Bürger

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jürgen Peters; bis 19 Uhr

von der UWG-Fraktion

Frau Christina Gräfin von Schwerin Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Barbara Blättermann

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Christian Jeckel Sachkundiger Bürger

Stellv. beratendes Mitglied

Frau Monika von Knobelsdorff-Brenkenhoff Katholische Kirchengemeinden Vertretung für Frau Birgit Hellmanns

Beratende Mitglieder

Herr Karl-Heinz Rütten Stadtsportverband

Frau Antje Schwarzburger Schulpflegschaft

Herr Burkhard Wähler Vertreter der Schulen

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreter der Schulen

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Fachbereich 3

Herr Detlef Krügel Bereichsleiter Fachbereich 3

Schriftführer

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Angela Gröters

Herr Dieter Lerch

Sachkundige Bürgerin

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Barbara Blättermann

Sachkundige Bürgerin

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Hellmanns

Herr Georg Heuschen

Herr Wilfried Pahlke

Katholische Kirchengemeinde

Sachkundiger Bürger

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Sport, Ratsfrau Kox die Anwesenden, insbesondere Frau Krieg vom Jugendamt der Stadt Viersen und stellt die form- und fristgerechte Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss stimmt einem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu, der aufgrund von Informationen der Verwaltung notwendig geworden ist.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Kommunalpolitisches Praktikum - mündlicher Vortrag von Frau Monika Krieg, Jugendamt der Stadt Viersen

Frau Krieg vom Jugendamt der Stadt Viersen referiert über das bereits seit 10 Jahren in Viersen durchgeführte Jugendprojekt „Kommunalpolitisches Praktikum“. Hierbei handele es sich um ein Projekt, bei dem jungen Menschen die Grundzüge von Kommunalpolitik näher gebracht und ihr Interesse am aktiven politischen Geschehen geweckt werden solle. Es richte sich an Schüler ab Klasse 9 von allen weiterführenden Schulen. Das kommunalpolitische Praktikum bestehe aus einer Vorveranstaltung und anschließenden 3 Modulen:

Speed-Debating

Schnelle Fragen und Antworten zwischen Kommunalpolitikern und Schülern als Entscheidungsgrundlage für die Wahl einer Fraktion.

Ohne Theorie, keine Praxis

Einführung in die Grundzüge der Kommunalpolitik.

Politik live und in Farbe

Die Teilnehmer besuchen eine Fraktionssitzung und eine Ausschusssitzung.

Planspiel

Im Rahmen dieses Planspiels erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit, Politik zu proben.

Im Anschluss an die kurze Einführung wird ein Film präsentiert, der das Projekt und dessen Ablauf sehr genau und anschaulich darstellt. Die Frage des sachkundigen Bürgers Dammer, wie das Thema für das Planspiel gefunden werde, beantwortet Frau Krieg, dass dies in der Regel durch die Referentin des Planspiels erfolgt. Man bediene sich aktueller Themen auch aus Nachbarstädten. Um das Planspiel vernünftig durchführen zu können, bedarf es einer Teilnehmerzahl von 50 Schülern. Dazu gehe sie in jede weiterführende Schule (*Anm. des Schriftführers: in Viersen gibt es 7 weiterführende Schulen*) und halte dort entsprechende Werbeveranstaltungen ab.

Aufgrund der Tatsache, dass die Jugendlichen für dieses Projekt ihre Freizeit in den Abendstunden und auch am Wochenende einsetzen müssen, sei es mitunter schwierig, diese Teilnehmerzahl zu erreichen. Herr Wahner hält es ebenfalls für schwierig, bei nur 4 weiterführenden Schulen in Meerbusch die notwendige Teilnehmerzahl zu erreichen.

Insgesamt jedoch begrüßt der Ausschuss eine Durchführung des Projektes in Meerbusch und bittet die Verwaltung um eine Aufnahme des Themas in die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

3 Umsetzung des Landesprogramms "Soziale Arbeit an Schulen" im Jahr 2018 Vorlage: FB3/0170/2017

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Vorlage und beantwortet gleichzeitig die zum gleichen Tagesordnungspunkt gestellte Anfrage der SPD-Fraktion. Neben den in der Vorlage genannten, zukünftigen 1,6 Stellen Schulsozialarbeit im Rahmen BuT gebe es jeweils eine volle Stelle im Städt. Mataré-Gymnasium und in der Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule, äquivalent dazu 2 Stellen im Jugendamt der Stadt Meerbusch. In der Summe stünden demnach 5,6 Stellen für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Sachkundiger Bürger Dammer dankt für die Fortführung der Maßnahme und fragt die Vertreter der Schulen, wie diese den Bedarf an Schulsozialarbeit sehen. Frau Weddeling-Wolff antwortet, dass sie 0,6 Stellen für die Grundschulen für nicht ausreichend halte. Man habe bereits in einer Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport im Jahr 2015 hierzu Stellung bezogen.

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die getroffene Entscheidung über die Verteilung der Schulsozialarbeit aus dem Jahr 2013 Bestand habe und er die Maßnahmen im Rahmen des Förderprogrammes stringent zu behandeln habe. Zudem würde der eigentliche Personaleinsatz in den Schulen durch die TZ Glehn gestaltet. Vorsitzende Ratsfrau Kox betont, dass die Fraktionen erst im Rahmen der Haushaltsberatungen hierüber abstimmen müssen.

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion zur Schulsozialarbeit Vorlage: FB3/0082/2017

Wurde im Tagesordnungspunkt 3 beantwortet.

4 Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen Vorlage: FB3/0168/2017

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung und betont eine auskömmliche Verteilung der Viertklässler auf die weiterführenden Schulen in Meerbusch. Insbesondere die stark gesunkene Anzahl der abzulehnenden Schüler an der Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule stimme ihn zuversichtlich, dass man in der Schulentwicklungsplanung die richtigen Maßnahmen ergriffen habe. Ratsherr Schoenauer beklagt die hohe Quote der Schüler, die in Nachbarstädten auf die weiterführenden Schulen gingen, insbesondere aus dem Stadtteil Lank-Latum.

Ratsherr Jörgens fragt nach der Umsetzung der beschlossenen modernisierten Informationsmaßnahmen für die Schulen. Aufgrund der niedrigen originären Anmeldezahlen für die Realschule Osterath seien diese notwendig für die Stabilität der Schule. StVD Krügel erklärt, dass die modernisierten Mittel für die nächste Anmeldung im Februar 2018 zur Verfügung stehen sollen. Sachkundige Bürgerin Kohn fragt Herrn Wahner, ob die ansteigende Schülerzahl in den Jahrgangsstufen 7 und 8 in der Realschule Osterath auf Schulformwechsler zurückzuführen sei. Herr Wahner bestätigt dies und beklagt insbesondere, dass zum Zeitpunkt der Lehrerschlüsselberechnung die Anzahl der Schulformwechsler noch nicht bekannt sei und dies dazu führe, dass er im Regelfall die Klassen aufgrund der hohen Schülerzahl teilen müssen, ohne dass hierzu notwendige Lehrpersonal zu haben. Es sei unbedingt notwendig, den Eltern klar zu machen, dass der Weg über das Gymnasium für Kinder mit nicht vorhandener Gymnasialempfehlung im Regelfall nicht funktionieren kann.

5 IT-Konzept

5.1 Antrag CDU/Die Grünen IT-Konzept Schulen

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit den Schulleitungen und der KRZN das bestehende IT-Konzept für die Meerbuscher Schulen zu überprüfen und fortzuschreiben. Gleichzeitig sollen die Schulen unterstützt werden, eigene Konzepte für die Nutzung von IT im Unterricht fortzuschreiben bzw. zu erstellen, sodass eine Förderung der Kosten möglich wird und die Politik entsprechende Beschlüsse fassen kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

Vorsitzende Ratsfrau Kox und der sachkundige Bürger Dammer erläutern den Antrag. Im Anschluss daran berichtet StVD Krügel über den Status quo und die Zukunft des IT-Konzeptes.

Das bereits im Jahr 2000 entwickelte IT-Konzept müsse auf die folgenden Entwicklungen angepasst werden:

1. Maß der Vernetzung
2. Vernetzte Kommunikation
3. Mobilität der Nutzung (WLAN)
4. Rasante Zunahme des zu übertragenden Datenvolumens (Breitbandschlüsse)
5. Substitution traditioneller Medien und Speicherformen:

Grundsätze des Konzeptes „Schulen online“ seien immer noch zutreffend von dem administrierten Netz, der angemessenen Standardisierung und dem remote Support bis zum Support an Ort und Stelle durch einen Administrator. Es gelte nach wie vor das Ziel, die Lehrkräfte möglichst von den Dingen der Netz- und Geräteadministration zu entlasten und eine hohe Verfügbarkeit zu gewährleisten.

Zukunft

Für die Zukunft müssen die Schulen ihre schulischen, also pädagogischen Medienkonzepte fortzuschreiben. Das gelte in Bezug auf die kommenden Entwicklungen als auch den Content.

Der Schulträger müsse sich drauf einstellen, dass die drahtgebundenen schülergenutzten Endgeräte (PC, Laptop) zunehmend ersetzt würden von drahtlosen Endgeräten in Schülerhand (Tablet, Smartphone) und dass die Präsentation mittels Tafel, OHP und Projektoren durch Smartboards, Bildschirme, Beamer, Dokumentenkameras etc. abgelöst würden.

Schule und Schulträger werden sich darauf einstellen müssen, dass Kommunikation in der Schule weiter digitalisiert sein werde, Daten stärker digitalisiert gespeichert und abgerufen würden.

Status quo

Es gebe intern gut vernetzte Schulgebäude und ein System, das den Entwicklungen folgen könne.

Bedarf

An erster Stelle stünden die Breitbandanschlüsse der Schulen. In NRW hätten 82 % aller Schulen eine geringere Bandbreite als 50 Mbit/sec. In Meerbusch habe nur eine weiterführende Schule eine Bandbreite von 50 Mbit/sec, alle anderen lediglich 1.600 kbit/sec. Diese Daten lägen der Schulverwaltung vor, aber nicht die Angaben, ob es höherwertigere Anschlussmöglichkeiten gebe und deren Kosten. Dies werde durch die MICUS-Studie erwartet, von deren Veröffentlichung vor diesem Schulausschuss er bis Anfang dieser Woche ausging. Bereits im Januar 2017 sei die Erstellung abgeschlossen und ihre Veröffentlichung für spätestens März angekündigt worden. Heute habe er erfahren, dass die Studie Ende dieser oder Anfang nächster Woche zur Verfügung gestellt werde. Sobald diese Studie zugänglich sein werde, könne die Schulverwaltung mit deren Auswertung beginnen und wie in der Informationsvorlage beschrieben, Vorschläge erarbeiten.

Ein weiterer Meilenstein sei die Freigabe von Logineo NRW. Logineo sei einer von zwei Bausteinen im „Lernen im System“ (LIS), welcher von den kommunalen IT-Verbänden entwickelt wurde und durch das MSW landesweit an allen Schulen zur Einführung freigegeben werden solle. Diese Freigabe sei vor 1 ½ Jahren als kurzfristig bevorstehend gegenüber der Schulverwaltungsamtsleiterkonferenz angekündigt worden. Der letzte Informationsstand sei, dass die Beteiligungen innerhalb des MSW abgeschlossen seien, aber eine Freigabeentscheidung noch nicht verfügt sei. Dies bedeutete auch, dass immer noch die Logineo-Accounts der Lehrer von der Stadt, und nicht wie versprochen vom Land NRW, bezahlt würden.

Notwendig seien Lernmittel in digitaler Form. Es gebe derzeit überhaupt nur zwei digitale Schulbücher – quasi als Prototyp in der Erprobung. Der Städte- und Gemeindebund werde versuchen, hier die Entwicklung im Kontakt mit den Schulbuchverlagen als Anbieter anzuschieben.

Ratsherr Quaß bemängelt die aus seiner Sicht zu geringe Dynamik in diesem Thema. Es könne nicht sein, dass die Schüler inzwischen eine höhere Bandbreite mit ihren Handys vorhalten, als die Schule für den Unterricht nutzen könne. Auch müsse man sich im Klaren darüber sein, dass die Lösung nicht bei 100 Mbit/sec liegen könne, sondern man müsse jetzt das Maximum möglich machen. StVD Krügel beschreibt das Hauptproblem, welches die fehlenden Glasfaserleitungen zu den Schulen seien. Durch die genannte Studie werde man erfahren, welche Leitungen wo liegen und wie man sie nutzen könne.

Der sachkundige Bürger Dammer bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Durchschnitt der Übertragungsraten je Arbeitsplatz

Antwort: Die Daten sind nicht vorhanden. Sie werden aber jetzt aufgrund der Anfrage durch das KRZN erhoben. Dies wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen.

2. Gibt es ein regelmäßiges Feedback durch die Schulen?

Antwort: Auf der operativen Ebene treffen sich quartalsweise die Administratoren der weiterführenden Schulen, die Schulverwaltung und anlassbezogen das KRZN. Auf der strategischen Ebene wird das Thema IT bei Schulleiterbesprechungen mit dem Schulträger behandelt.

3. Welche Filterlösungen werden zurzeit benutzt?

Antwort: Es gibt einen vordefinierten Filter, der einen Zugriff auf jugendgefährdende, pornographische, radikale etc. Inhalte verhindert. Der Filter kann mehrstufig gelockert oder verschärft werden. Dies kann sowohl dauerhaft (Unterscheidung der Jahrgangsstufen) als auch

temporär erfolgen. Diese Filtersetzung erfolgt durch den Lehrer mittels seines Accounts über den LIS-user-desk im Bereich Schulen online oder zentral durch den Administrator. Dadurch kann auch ein vorübergehender Zugriff auf sonst grundsätzlich gesperrte Inhalte erteilt werden.

4. Welche Software wird zurzeit genutzt?

Antwort: Alle Schulen werden mit einem standardisierten Softwarepaket (Betriebssystem, Virenschutz, Libre Office – Schreibprogramm, Tabellenkalkulation, Präsentation - , Adobe Reader usw.) versorgt. Darüber hinaus kann jede Schule sich individuell mit pädagogischer Software ausstatten.

Über die eigentliche Software hinaus haben die Schulen die Möglichkeit, Logineo und Moodle (interaktive Lernplattform für Bildungseinrichtungen) zu nutzen.

Im Rahmen der Medienentwicklung in Verbindung mit der Schulentwicklungsplanung sind von den Schulen dazu entsprechende Angaben über den pädagogischen Einsatz im schuleigenen Medienkonzept zu machen.

Die sich derzeit in der Erprobung befindlichen digitalen Schulbücher Mbook Geschichte und Biologie werden in den Meerbuscher Schulen nicht eingesetzt.

5.2 IT-Konzept in Meerbuscher Schulen

Vorlage: FB3/0169/2017

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bei 5.1 mitbehandelt.

6 Anfragen

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es gibt nichts zu berichten.

8 Termin der nächsten Sitzung: 27. Juni 2017

9 Verschiedenes

9.1 Sportstättenentwicklungsplan

Ratsherr Bertholdt fragt nach der zeitlichen Perspektive des Sportstättenentwicklungskonzeptes. Da im Sommer das vorgeschaltete ISEK beschlossen werden könne, sollte im Anschluss daran das Konzept beauftragt werden. Er würde es begrüßen, wenn in 3 Jahren erste Ergebnisse hieraus erwachsen würden. Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die geplante Beratungsfolge des Integrierten

Stadtentwicklungskonzeptes in der Sitzung des Rates am 29. Juni 2017, in der u.a. auch die Priorisierungen der Stadtentwicklung festgelegt werden sollen. In diesem Zusammenhang würden auch die Auswirkungen auf die Sportstätten der Stadt Meerbusch zu untersuchen sein, daher hält er diesen Zeitraum durchaus für realistisch. Eine Beauftragung würde an eine entsprechende Fachfirma gehen müssen.

9.2 Sanierung der Sporthallen des Städt. Meerbusch-Gymnasiums

Die sachkundige Bürgerin Gräfin von Schwerin fragt nach dem Stand und der Fertigstellung der Sanierung. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Maßnahme sich aufgrund der Liquiditätsprobleme des Landes NRW verzögert habe. Da die Unterbringung der Flüchtlinge in den Sporthallen im Auftrag des Landes geschehen sei, musste anschließend eine Einigung über die finanziellen Aufwendungen getroffen werden. Diese langwierigen Verhandlungen schlossen jedoch einen vorzeitigen Maßnahmebeginn aus. Er hoffe, dass die Sporthallen im 1. Schulhalbjahr 2018 der Schule und den Vereinen wieder vollumfänglich zur Verfügung stehen werden.

Meerbusch, den 12. Mai 2017

Renate Kox
Ausschussvorsitzende

Holger Wegmann
Schriftführer